



Die Erteilung der Erbverschreibung für die Kolonisten in der Landsberger Friedrichstadt.

Von G. Adelt.

Die Urbarmachung und Besiedelung des Marklandes wurde auch für die Entwicklung der Stadt Landsberg a. B. von größter Bedeutung. Zur Lösung des eingetragenen Gewerbes gründete Friedrich der Große im Jahre 1771 vor den Toren der Stadt die Kolonie Friedrichstadt, in der hauptsächlich ausländische Arbeiter, Spinner und Weber untergebracht wurden. Die Verhältnisse für die Kolonisten und das Rechtsverhältnis zur Stadt blieben jedoch 10 Jahre völlig unklar und ungesichert. Ein erbitterter Kampf um die gegenseitigen Rechte und Pflichten, der erst durch die erteilte Erbverschreibung i. J. 1781 beigelegt wurde, hielt die Parteien jahrelang in Aufregung.

Die Anlegung der Kolonien für die 70 Lohse hatte die Neumärkische Regierung dem Kriegs- und Domänen-Rat Sartow übertragen, dem es auch gelang, in kurzer Zeit die Lohse mit Ausländern zu besetzen (größtenteils Polen, Sachsen und Schweden). Außer einer Wohnung mit einer heizbaren Stube wurde jedem Kolonisten noch etwa ein halber Morgen höchst unfruchtbares Markland ausgeteilt. Welche Lohsen werden uns auferteilt? Diese Frage erfüllte sie mit banger Sorge, fürchteten sie sich doch nicht mit Unrecht, zu allen Kosten wie die Wäbner und Kleinbürger der Stadt herangezogen zu werden. Vor allem fordernten sie, recht bald in den erblichen Besitz des Lohses zu kommen, weshalb sie häufig drängten, die Erbverschreibung zu beschleunigen. Eine Abordnung, bestehend aus dem Stadtmagister Marbach, dem Strumpfweber Krawitz, dem Drechsler Güttmann und dem Gutverwalter Moerschus gab dem Kommissar Reichs ihre Wünsche und Klagen zu Protokoll. Darin heißt es u. a.: Da sie von der Stadt zu weit entfernt sind, betradeten sie sich als selbständige Kolonie und lehnen daher sämtliche Lohsen, außer dem Grundbesitz von 1 Talent, an die Stadt ab. Die Häuser sind so schlecht gebaut, daß sie sich erst dann verpfichten könnten, die Unterhaltung zu übernehmen, wenn die Mängel beseitigt wären. Sie leiden unter den Wasserverhältnissen; die Wasserwerke sind so flach, daß sie nicht heran können. Der Regenwasser hinter den Häusern enthält nur kaltes und stinkendes Wasser. Das nahe der Ursprung ihrer Krankheiten; einige Familien wären bereits ausgefallen; Bräunen fehlten. Zur Unterhaltung der Erb-

nung verlangen sie das Recht, 4 Bortcher aus ihrer Mitte zu wählen, die für alles einzustehen können. In der Friedrichstadt soll im Gemeindefestungshaus alle 4 Wochen ein Gerichtstag abgehalten werden, an dem die Kleinigkeiten abgemacht, die größeren Sachen aber dem Gericht zugewiesen werden.

Von der Regierung wurden die Wünsche eingehend geprüft und der Kriegs-Rat Schöndorff beauftragt, erneut mit den Parteien zu verhandeln. Umsonst! Die Neumärkische Kammer verfuhr darauf an den Magistrat, den Supplikanten auf ihre gegenwärtige Beschwerde zu tun, „daß die Absicht bei Anlegung und Gründung dieses Kolonienwesens nie eine andere gewesen, als in Verhältnis des vertriebenen Landens auf den alten Lande um die Stadt Landsberg, auch selbstig mit mehreren Teilnehmern an ihren zunehmenden bürgerlichen Gewerben zu vermehren. Bei dem Vermehrung der bürgerlichen Rührung des Ortes und bei dem Betriebe städtischer Gewerbe müssen Supplikanten gleichfalls zu den bürgerlichen Pflichten nach der Billigkeit beitragen. Als nimmermehr wird erwiesen werden können, daß bloß gegen Entschädigung des jährlichen Grundbesitzes von 3 Talenten sie sonst alle Freiheiten genießen sollten, wormalst bisher damit in die Gerechtigkeit geschieden worden wäre, der letzte Wert ihrer Wohnung und noch mehr die Erhaltung derselben mit Jubelgriff der Gartennahrung überlegen Grundbesitz den eben gedachten nur geringen Grundbesitz, womit keineswegs die Vergütung das angewandten Kapitals erreicht und bedeckt werden. Dessenungeachtet würde auf die nöthigste Verbesserung und Erleichterung ihres Grundbesitzes Bedacht genommen, indem in allen Fällen nur der geringe Satz der öffentlichen Ausgaben, wovon sie niemals ganz befreit werden könnten, zu ihrem Vorteil ankommen würde, welches sie mit gebührendem und schuldigen Dank anerkennen müssen“.

Darauf berief der Magistrats-Kommissar Reichs die Bewohner der Friedrichstadt zusammen, um ihnen die Verfügung bekannt zu geben und durch Namensunterschrift die Publikation anerkennen. Es erfolgte jedoch Verweigerung der Unterschrift, und in einer Sitzung am 27. Dez. 70, wiewohl gegen sie, von den städtischen Räten zu bestehen und die Erbverschreibung erfolgen zu lassen.

Aber auch der Magistrat verteidigt in mehreren Schriftstücken seine Rechte. Endlich droht die Regierung, falls sich die Friedrichstädter weiter weigern sollten, ihre Unterschrift zu leisten, die Lohse öffentlich auszuverkaufen und zu verkaufen. In ihrer Angst und Verwirrung 2 Abgeordnete nach Potsdam, um persönlich dem König ihre Wünsche vorzutragen. Auf eine Klage-berichtschrift dann der Magistrat am 8. Mai 1880:

„Die Friedrichstädter Gemeinde hierseits besteht größtenteils aus unruhigen, vermögenden Leuten, von denen, wenn sie nicht bald zur Ruhe und Ordnung gebracht werden, noch allerlei Unlust zu erwarten ist. Unter dem Vorwand, ihre Angelegenheiten zu beraten, halten sie Zusammenkünfte, in denen getrunken wird, Händereien und Schatzereien entstehen und sie tagelang von der Arbeit abgehalten werden und viel Geld ausgeben. Nach unserer Kenntnis der Denkschrift der Friedrichstädter müssen wir pflichtmäßig versichern, daß von ihnen niemals eine Vereinerung ihrer Ausgaben mit ihrer Einkünfte aufzuheben kommt. . . . Bei den geringen Ausgaben vergrößert sie ihre Rührung, sie können ihre Bedürfnisse wohlfeiler abgeben und haben so größeren Wohl, so daß die älteren Bürger gekümmert werden. . . . Gerechtigkeit wurde im Bereich der Erbverschreibung und ein Magistrat der Kirchengemeinde eingeweiht. Nach dem Beschlusse der Räumereikasse sollten die Friedrichstädter von Trinitatis 80-81 aufbringen:

1. An Grösins je 200 jährlich 3 Taler, für 70 Lohse (da Schule und Beihaus befreit waren) = 210 T.
2. An Brunnen- und Schornsteinfegergeld je 4 Gr., für 71 Lohse (auch das Schulhaus) = 11 T. 20 Gr.
3. An die Servistafel der Stadt, 70 Lohse, an Haussewis je 1 T. 6 Gr. = 81 T. 24 Gr.
4. An die Armenstafel der Stadt je monatlich 6 Sil., für 70 Lohse 17 T. 12 Gr.
5. Beitrag an die Feuerkasse, der befreit, aber abgeschrieben wurde, Wert je 200 Taler.

Die Forderung stand zwar auf dem Papier, geschah wurde jedoch nicht; vielmehr ging der Forderung in der nächsten Weise weiter, so daß endlich auch die Neumärkische Regierung

in einem Schreiben vom 24. Mai 1780 der Majestät des Königs beitrug, daß die Ermächtigung der Friedrichstädter Einwohner zur Einrichtung der Friedrichstadt in Güte nicht zu erhalten sein wird." Es wird aber dem Magistrat nochmals aufgegeben, zu verhandeln. Im Ausfertigen zu berichten, wird am 1. Juni nicht nur der Gemeinderath, sondern auch die Colonisten, sondern nur in Gruppen mit ihnen von 6-8 Weibern verhandelt. Durch die Unentschlossenheit und Langsamkeit der Regierung nach den Vorstellungen unter den Colonisten der Stadt geduldet gewandeln, so daß die Gemeinderathen die Vertheilung der Colonisten, auch die, welche anfangs nicht beabsichtigt hatten. Sie betonen, daß ihnen bei der Anweisung von dem Kriegsrat Schadow verprochen sei, außer dem Grundstücken keinerlei andere Daken zu tragen.

In diesem Sinne wandten sie sich ebenfalls mit einem Briefwechsel an den König, sie in Güte zu nehmen. Bei dem König in der Stadt. Auf ihn vertanzen die Colonisten, ihn fürchten, da er seine Entscheidung in ähnlichen Fällen immer zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen trat. Aus dieser Erwägung heraus gibt das General-Directorium am 9. August auch dem General-Adjunkten v. D. an, in dessen Hand die Angelegenheiten zu verbleiben, daß die Forderung des Magistrats in allen Punkten berechtigt sei, zumal er zu der Colonie nicht das Geringste beitrage, mit Ausnahme der Herrschaft des Grund und Bodens, der aber bis dahin auf seine Stelle gerufen worden sei. Der Magistrat muß nicht, daß jede Veränderung der Anzahl auf einen guten Ausgang für ihn verleihe, daß er das General-Directorium um größte Beilegung, um so mehr, als eine Rebellion unter den Colonisten einträte, die nur unter Mithilfe der Stadt in geduldet werden konnte. Aber auch die Colonisten schickten sich, daß die 70 Weiber der Friedrichstadt, die ihnen einen großen Teil der Nahrung und des Bediensteten entzogen hätten, ohne daß von ihnen auch nur ein Pennis zu den gemeinen Leuten beitrage worden wäre, daß sie nicht zu Grunde betrieben, ohne daß Bürger- und Weiberrecht erworben zu haben. So hatte das General der Schuler einen Colonisten, der nicht im Besitz des Weiberrechts, die Waren und das Handwerkszeug einkaufte und mit Gewalt weggenommen. Da weitere Exzesse zu befürchten waren, befohle ich endlich auch die Weiber, der Sache ein Ende zu machen, damit man weiß, ob die Friedrichstädter als Bürger oder Bauern behandelt werden sollen."

Das Drama erreichte kurz darauf seinen Höhepunkt durch die Entschreibung des Königs, die einen völligen Sieg der Friedrichstädter bedeutete. Er entschied, daß die Colonisten nur 2 der Grundstücke zu entrichten hätten und, ihren weiteren Wünschen nachzugeben, auch den minderen Aufwand abzuschaffen, sei, damit sie nicht Mitleid haben. Er. König. Maj. höchste Befehl von meinem antretend."

Die Randbemerkung des Befehls vom 16. Juni 1781 lautet:

"Die Leute haben in weder Auf noch Garen und nicht das Geringste weiter als das Haus und müssen sich bloß von ihrer Arbeit ernähren; wenn sie noch 1 Rubl und etwas Geringes zahlen, so ist ihnen ein Nutzen bräute, denn wäre es anders."

Der Brief war gefallen. Trotzdem erhob der Magistrat nochmals Einspruch im Namen der Bürger, für deren Erhaltung er zu sorgen habe, deren Untergang aber nicht zu verantworten. Er beschwört, daß die Stadt nur und noch den Ausfall der 70 Weiber, die Vertheilungsmassnahmen zu bedenken habe, der dadurch entsteht, daß der Grundstücken von 3 auf 2 L. herabgesetzt werden sollte. Die Eingabe hatte wenigstens den Erfolg, daß die Zahlung der 20 Taler von der Vermögensliste abgesetzt wurde. Unter dem 22. Juni erfolgte endlich die Confirmation der Erberbschaften

und des Materials für die Archengemeinde. Die Kunde hat folgenden Wortlaut:

Seine Majestät Majestät von Preußen. Ich, der allernachgelassene Herr, confirmiren, bestätigen und bekräftigen die hier angeordnete für die auf Höhe der Kosten auf der Friedrichstadt zu Landberg an der Warthe etablierte Colonien das ihm eingegangene Los, gegen Entrichtung eines jährlichen Grund-Geldes von 2 Talern und unter den übrigen festgesetzten Bedingungen, endlich überlassen werden, hierdurch und Bestätigung in allen Punkten und Clauseln. Hochdieses wollen auch allernachgelassene, daß darüber unverrückbar gehalten werden soll. Signatur

Berlin, den 22. Juni 1781.
L. S. Friedrich.

Nachdem Königl. Majestät von Preußen allernachgelassene, zu Vergütung der der Stadt Landberg an der Warthe, und besonders zu Anweisung ausländischer Arbeiter, die neue Friedrichstadt anzulegen und darin 36 Häuser, jedes zu 2 Familien-Wohnungen oder Vöfen, erbauen zu lassen, diese Lose auch nimmern den Annehmern übergeben und vertheilt werden sollen, so ist folgendes Bescheid, der General-Adjunkt v. D. in dessen Höchster Approbation in folgender Art geschick.

§ I. Werden die gedachten 20 Lose an die Annehmer beisehen und deren zeitige Anbiederung und Eigentümlichkeit samt dem zu jedem Lose zugehörigen Grunde und Boden, daß sie darüber als ihre wahre Eigentümlichkeit frei disponieren, selbsten verkaufen, verpfänden und vererben mögen.

§ II. Es soll einem jeden der jetzigen Inhaber zum Beweis seines Eigentums und damit sein titulus possessionis daraus im Hypothekenschein eingetragen und ein jeder daraus seine Rechte und Verbindlichkeiten ersehen können, von dem Magistrat mit vollständiger Bezeichnung der General-Adjunkt v. D. in dessen Höchster Erberbscheinung gratis bloß gegen Bezahlung der Copialien erteilt werden.

§ III. Werden die Eigentümer dieser Friedrichstadt als Bürger der Stadt Landberg a. W. angesehen und ihnen nachgelassen, allen denselben erlaubte gemeine Bürgerrechte zu genießen, so ist ihnen zu keiner besonderen Concession bedürftig. Sie müssen daher nicht nur das Bürgerrecht gewinnen und den Bürgerzins abschreiben, sondern auch, wenn sie Professionisten sind, es mit den Gewerbern in der Stadt halten und das Weiberrecht bei denselben, wenn sie nicht bereits anderswo Weiber erworben, gewinnen. Dabei sei sich jedoch von selbst versteht, daß die Ausländer, sowohl beim Bürger- als beim Weiberwerden sich der bekannten königlichen Freiheit auf alle Weise zu erfreuen haben.

§ IV. Es wird ihnen als Bürger erlaubt, auf jedes Los 1 Rubl und 2 Schwoine zu zahlen, von dem Magistrat die Gemeinderathen zu bekräftigen, jedoch müssen sie ihre Höfe zu bekräftigen, daß die Vieh den anstehenden Forderungen keinen Schaden tun können.

§ V. Haben sie gleich den übrigen Bürgern das Recht, das benötigte Brennholz aus dem Bürgerdreh zu holen.

§ VI. Auch das Brennholzverwehren ist ihnen in der Einrichtung der gemeinlichen Rechte gestattet. Ein jeder aber, der diese Maßnahme freizubilligen will, muß außerdem beim Magistrat sich melden und die dazu erforderlichen feuergefährlichen Anhalten nachweisen, in Rücksicht der Rechte aber eben das beobachten, was bei den übrigen vor der Stadt wohnenden Bürgern eingeführt ist.

§ VII. Wenngleich die den Inhabern dieser Lose accordecirte drei Freiheiten bereits verfließen, so versteht es sich von selbst, daß auch die jetzigen als künftigen Besitzer dieser Lose, die ihnen die Gemeinderathen zu bekräftigen sind, für sich und ihre Familie die reglementmäßige Beneficia und Freiheiten zu genießen haben werden.

§ VIII. Da die Häuser ihnen erst und eigentümlich übergeben worden, so folgt von selbst, daß sie solche auf ihre Kosten im künftigen Stande erhalten und reparieren müssen.

Sie haben aber, wenn sie wichtige Reparaturen vornehmen, oder gar neu bauen, sowohl die in der Stadt wohnende Freiheiten als auch die darauf reglementmäßig fallende Gemeinheitsrechte gleich den Bürgern in der Stadt zu genießen.

§ IX. Natural Einquartierung soll den Bewohnern der Friedrichstadt nie eingelegt werden, wenn auch gleich die Stadt Landberg mit härterer Garnison besetzt werden sollte. Bei außerordentlichen krieglichen Forderungen aber, wo nicht andere künftliche Quartiere zu finden, können sie einige Mannschaften einnehmen, sich nicht entziehen.

§ X. Auch sollen den Eigentümern dieser Häuser auf der Friedrichstadt keine Naturaldienste und in specie Weibsdiensten angesetzt werden.

§ XI. Als Bürger der Stadt Landberg sind die Bewohner der Friedrichstadt sowohl im Magistrat und Stadtrath beisehen sowohl in Ansehung der Jurisdiction in Civibus als Criminalibus als auch den Verfügungen derselben in Polizei und andern Sachen, welche zu Erhaltung guter Ordnung dienen, ohne Ausnahme unterworfen, als solchen Bürgern in allen Beziehungen, welche auf sie gleich als Bürger mit verpfichtet werden.

§ XII. Zu besserer Erhaltung einer guten Ordnung und Bekräftigung der Polizei- und übrigen Verfügungen werden vom Magistrat zwei Älteste oder Stadtvorstände angeordnet und gleich den Stadtvorständen in der Stadt beisehen, welche, außer den allgemeinen Pflichten der Stadtvorstände insbesondere die an sie von der Obrigkeit zu erlassenden Befehle weiter bekannt machen und auf deren Befolgung halten müssen. Auch als behändige Richter- und Schulvorsteher angesehen werden sollen.

§ XIII. In Ansehung des Gottesdienstes soll die Friedrichstadt als eine Stadt der Prediger zu Preußen angesehen werden, weshalb zugleich die sub angebenem Matritul hierdurch bestätigt wird.

§ XIV. Ebenso wird ihnen gestattet, einen eigenen Schulmeister zu halten, welchem vor der Hand das in dem Matritul spezifizierte Gehalt und Accidentien zugesagt wird. Bei einer solchen Regelung wird die Gemeinde wenigstens 3 Schulsteine dem Magistrat präsentieren, welcher nach obgedachter Prüfung und Konferenz mit dem Inspektor und den Predigern zu Bescheid demjenigen, der am tüchtigsten befunden ist, die Votation erteilen wird.

§ XV. Zu mehreren Coulogement der Gemeinde, wird hierdurch approbirt, daß das Los, welches von ihnen zum Beifall eingebracht ist, nicht das Los, welches von dem Schulmeister beifall, von nun an und zu ewigen Zeiten von allen Grund-Zins und übrigen Abgaben frei sein sollen, jedoch müssen solche auf Kosten der Gemeinde beifall in künftlichem Stande unterhalten und die Kosten der Unterhaltung, auch beide Lose mit dem Beifall zum Feuer-Sozietätskonto von der Gemeinde abgetragen werden.

§ XVI. In Ansehung des Wahlrechts werden sie als Wahllose zur königlichen Ritterschafft beisehen, welche ihnen obnein die nachstehende Befugnis ist.

§ XVII. Da die Häuser den Annehmern ganz eigentümlich als ein vollständiges Eigentum gegeben worden, so ist ihnen erlaubt, auch in jeder Weise von jedem der noch Abrechnung des Richten- und Schulkosten übrigen 70 Lösen jährlich und alle Jahre einen beliebigen Canon oder Grundzins von 2 Talern an die Warthe-Regiments-Kasse in wirtschaftlichen rath, welches Gebot ihnen nicht erlassen wird, auch nicht erlassen werden kann, sondern gegen die Einmütigen mit Execution begetrieben werden muß.

§ XVIII. Obgleich die Besitzer dieser Lose als Bürger betrachtet, dennoch außer vorgedachten Grundzins zu den bürgerlichen Kosten nicht zur Beifall bezeugen haben, unter das die Brunnen- und Armenunterhaltung

